

Grüne Vordenker zu den Aufgaben der Zukunft

Aufklärer wider die Aufklärung

Mit der Wiedervereinigung und der ersten gesamtdeutschen Wahl zum Deutschen Bundestag erleben die GRÜNEN eine herbe Enttäuschung. Seitdem findet innerhalb der Partei eine Katharsis statt, die zu einer Abspaltung der Fundamentalisten um Jutta Ditfurth von der Realo-Fraktion um Joschka Fischer und Hubert Kleinert geführt hat. Alle drei sind jetzt mit Neuerscheinungen auf dem Büchermarkt vertreten; Kleinert sogar mit zwei voluminösen Werken über die Geschichte dieser Partei. Zeit-, Partei- und Politikanalysen der drei Verfasser lassen die enormen internen Spannungen deutlich werden. Exemplarisch für diese Auseinandersetzungen stehen Hessens Umweltminister *Joschka Fischer* und die Gründungsvorsitzende der ökologischen Linken, *Jutta Ditfurth*.

Neue Herausforderungen

Fischers Ausführungen bestechen durch eine realistische Einschätzung der Lage, tiefeschürfende Analysen und positive Visionen. Die nüchterne Einschätzung des Sozialismus/Kommunismus hätte man von ihm in dieser Deutlichkeit nicht erwartet. Der „real existierende Sozialismus“ ist nach seiner Auffassung „mausetot“. Aber dem grünen Umweltminister geht es nicht primär darum, in den Abgang des Kommunismus mit einzustimmen, sondern ihn treibt die Sorge um, welche Rolle die „Linke“ als gestaltende Kraft in der Zukunft spielen soll. Fischer zeigt sich tief besorgt über das Wiedererwachen des Nationalismus in Europa und die Hilflosigkeit der politischen Entscheidungsträger, auch der linken. Dieser nationalistischen Herausforderung solle man mit der europäischen Einigung entgegenreten. „Wenn Europa nicht zu seiner Einheit findet, wird es in seine alte Zerrissenheit und Hegemonialkonflikte, in Nationalismus und Völkerhaß zurückfallen und von außen dominiert werden.“

Es geht also um die Zukunft des Kontinents, wobei der Nationalismus die zentrale Herausforderung darstellt. Ob allerdings mit einer übereilten Integration, wie in Maastricht beschlossen, die Gespenster des Nationalismus gebannt werden können, wird die Zukunft erweisen. Es besteht nämlich die Gefahr, daß man sie erst gerade dadurch weckt, daß man mit dem Nationalstaat die letzte Säule nationaler Identitätsstiftung zerstört. Das Ziel für die Linke muß deshalb nach Fischer nicht mehr die „politische Erlösung und ... politische Theologie“ oder die „Realitätsverweigerung“ sein, sondern „die Gestaltung der Welt nach den Regeln der Vernunft“. Die Linke ist somit auf den Ausgangspunkt der Aufklärung zurückgeworfen, weil die Zeit der „ungedeckten politischen Wechsel, des windigen Utopismus statt konkreter Alternativen auf absehbare Zeit vorbei ist“.

Der europäische Kontinent ist seit den revolutionären Ereignissen des Jahres 1989 ein anderer geworden. Die Ereignisse — so eine der Thesen Fischers — haben gesamteuropäische, ja sogar globale Auswirkungen, denen sich Westeuropa nicht entziehen kann. Die Antwort der Westeuropäer auf die neuen Herausforderungen — insbesondere des Nationalismus — könne nur die Politische Union sein; sie müsse eine „Antwort der Völker und Nationen und nicht mehr nur der Eliten und Bürokratien werden“. Die Europäische Union müsse von den Völkern der Europäischen Gemeinschaft durchgesetzt werden. Dieser Kampf der Mehrheit bewirke auch gleichzeitig eine Demokratisierung der EG. Eine solche Union werde aber niemals gegen die Interessen der Nationalstaaten zu haben sein. Fischer und mit ihm große Teile der Linken

vertreten die Ansicht, daß für alle Übel in den internationalen Beziehungen der Nationalstaat und der mit ihm einhergehende Nationalismus verantwortlich sind. Eine solche Befürchtung ist aber nur die halbe Wahrheit; es lassen sich viele Beispiele aus der Geschichte anführen, die das Gegenteil belegen.

Was sind nun die Aufgaben der Linken in der Zukunft? Sie müsse erst einmal den Mut besitzen, über sich „selbst aufzuklären“ und sich gegen die Vernunft der Selbsterhaltung dort zu wehren, wo diese ins Unvernünftige und Irrationale umzuschlagen drohe. „Dies genau heißt es, die Aufklärung gegen die Aufklärung zu wenden, und hierin liegt die neue Aufgabe einer Linken in der Welt nach dem Sozialismus.“ Es geht Fischer anders als Jürgen Habermas nicht um die Rettung des utopischen Stachels der Moderne. Dies wäre nämlich die alte Rolle des Religionsersatzes und der Produktion von „Diesseitigkeitstranszendenzen“. Habermas schweige sich über das wahre Problem der Moderne, und zwar das „Glaubensproblem“, wie es der Soziologe Daniel Bell genannt habe, aus. Die Aufklärung habe es nicht vermocht, die Transzendenz in sich aufzunehmen und zu rationalisieren, sondern sei daran gescheitert. Die Aufklärung muß nach Fischer erkennen, „daß sie nur innerhalb ihrer Grenzen als endliche Vernunft vernünftig handeln kann, und sie deshalb niemals die ganze Welt, sondern immer nur ihren Teil umfassen und regeln kann“. Hat sie nicht just dieses getan? Die Befürworter der reinen Vernunft haben sich in ein Gewebe rationaler Mythen verwoben, und diese wider alle Vernunft verteidigt. Wer dieses theologisch-ideologische Gedankenkonstrukt nicht akzeptiert hat, wurde stigmatisiert und ausgegrenzt.

Die Antwort auf die Glaubensprobleme der Moderne findet sich wieder in der Religion. Diese Probleme lassen sich aber nicht durch eine reine Verantwortungsethik im Sinne von Hans Jonas lösen, weil

dieser die religiöse Fundierung fehlt, so Fischer. Deshalb gehe neben dem Kapitalismus auch die Religion als Sieger aus dem Kalten Krieg hervor. Die Kirchen seien aber auf ihre neue Rolle wenig vorbereitet, da sie versuchten, Antworten aus der Tradition zu geben und in Fundamentalismus verfielen. Die Kirchen sollten sich nicht in den „Katakomben der Tradition verbarrikadieren“, sondern nach Auffassung des Autors ihre „Funktion als Religion in der Moderne“ erfüllen.

Vernunft als Maß

Der Verfasser verspricht sich viel von der selbsterhaltenden Vernunft. Sie definiere sich durch Selbsterhaltung, Freiheit und Menschenwürde. Hierin liege ihr unaufgebbarer Anspruch. Die Linke dürfe deshalb niemals wieder Entwicklungen hinnehmen, die gegen die Freiheit und die Menschenrechte seien. Nach Fischer bilden Freiheits-, Gleichheits-, Demokratie- und Rechtsstaatsprinzip eine unauflöslliche Einheit. Diese Grundlage stellt die Trennungslinie zu dem ökologischen Fundamentalismus dar, wie ihn *Jutta Ditfurth* vertritt.

Die Radikalökologin ist die Antipodin zum realpolitischen Flügel der GRÜNEN. Ihr Plädoyer für eine ökologisch linke Opposition ist eine Streitschrift, die mit großem Engagement, hohem Sachwissen und mit noch größerem ideologischen Eifer geschrieben ist. Es ist eigentlich zu bedauern, daß die hochinteressanten und höchst problematischen Vorgänge im Bereich der Gentechnik, der Atomindustrie und der Ökologie so durch die Ideologie überlagert werden.

Jutta Ditfurth präsentiert in ihren Ausführungen Marxismus/Leninismus in reiner Lehre, so daß man sich fragt, ob die Entwicklung seit 1989 spurlos an ihr vorübergegangen ist. Sie vertritt Theorien über die Atom- und Genmafia, „Ökofaschisten“ und New Age, die gemeinsam eine Ökodiktatur errichten wollten. Auch weite Teile der grünen Bewegung und deren Repräsentanten werden des „Ökofaschismus“ verdächtigt. Die These der Autorin lautet, daß sich fast alle Parteien und ein Großteil der bundesrepublikanischen Gesellschaft rechtsextremistischen und neofaschistischen Positionen auf „erschreckende Weise“ angenähert haben.

Jutta Ditfurth formuliert ein Antiprogramm zu Joschka Fischer. Das Ziel ist klar: „Wir wollen nicht weniger als die Abschaffung des Kapitalismus mit seinen patriarchalen Herrschaftsstrukturen.“ Konsequenter spricht sie sich demzufolge gegen die EG aus, die im „Ermächtigungsparagraphen 189 des EWG-Vertrages“ den Ministerrat und die EG-Kommission ermächtigt, „Recht (zu) formulieren und erzwingen“. Ihre Kritik an Maastricht erfolgt allerdings zu Recht und sollte ernst genommen werden.

Vor und nach der Wende

Hubert Kleinert, Reale und Ministerialdirigent im Hessischen Ministerium für Bundes- und Europaangelegenheiten, legt gleich zwei voluminöse Monographien zur Geschichte der GRÜNEN vor. Es handelt sich inhaltlich um völlig verschiedene Bücher mit unterschiedlichen Ansprüchen und Intentionen. „Aufstieg und Fall der Grünen“, die als Dissertation an der Universität Hamburg angenommen worden ist, wird von der zentralen Frage geleitet, warum die GRÜNEN 1990 nicht wieder in den Bundestag eingezeichnet sind. Diese Arbeit ist sehr stark empirisch analytisch ausgerichtet und mit einem umfangreichen wissenschaftlichen Apparat versehen. Sie endet mit dem Machtverlust auf Bundesebene. Man könnte dieses Werk als abgeschlossene Geschichte der alten grünen Partei in der alten Bundesrepublik verstehen.

Um ein völlig anderes Buch handelt es sich hingegen bei *Vom Protest zur Regierungspartei*. Hier geht es Kleinert um eine Gesamtdarstellung der grünen Politik in rein historisch-deskriptiver Form. Es werden die Entwicklungen nach der Wiedervereinigung mitberücksichtigt und die Vereinigung der GRÜNEN mit dem BÜNDNIS 90 prognostiziert, die sich in der Zwischenzeit vollzogen hat. Die enorme Fülle der Informationen wird mit viel persönlichem und menschlichem Engagement in einem für Profis der Politik unüblichen Stil dargeboten. Den Darstellungen haftet nichts Apologetisches an. Beide Untersuchungen sind bei weitem fundierter und kritischer als manche in letzter Zeit erschienene. Kleinert gibt an vielen Stellen zu, sich in einigen politischen Einschätzungen — wie zum Beispiel der deutschen Einheit — geirrt zu haben. Dies ist bei Politikern eine seltene Tugend und überaus sympathisch.

In *Aufstieg und Fall der Grünen* werden zentrale Fragestellungen wie Auf und Ab der grünen Partei, die GRÜNEN als Opfer der deutschen Einheit, das Verhältnis zur SPD, das Binnenverhältnis der Bewegungspartei und die Beziehungen zu den Medien behandelt; abschließend liefert Kleinert Gründe für das Scheitern der GRÜNEN bei den Bundestagswahlen 1990.

In *Vom Protest zur Regierungspartei* wird in 92 Kapiteln die Geschichte der Partei geschildert. Hier plaudert Kleinert oft aus dem Nähkästchen der GRÜNEN. Es wird kein Tabu ausgespart, ob es sich um die Hintergründe der grünen Regierungsbeteiligung in Hessen, den Finanzskandal, die innerparteilichen Machtkämpfe, die sich bis zur offenen Feindschaft ausweiteten, die ideologischen Kontroversen, die die Partei bis an den Rand der Spaltung geführt hatten, oder den Zusammenschluß mit dem BÜNDNIS 90 handelt.

Ambivalenz

Kleinert vertritt in *Aufstieg und Fall der Grünen* die These, daß das Scheitern der Partei bei der Bundestagswahl 1990 auf die gravierenden politischen Veränderungen einerseits und die strukturellen Eigenheiten der GRÜNEN andererseits zurückzuführen ist. Dadurch war es der Partei unmöglich, auf die neuen Ereignisse schnell zu reagieren. Diese Grundthese wird ausführlich durch viele Beispiele

belegt. Insbesondere das Verhältnis der GRÜNEN zur Wiedervereinigung zeigt das Dilemma. Das Verhältnis der Partei zur Zweistaatlichkeit ist von einer „Ambivalenz“ gekennzeichnet. So setzten sich die GRÜNEN in den 80er Jahren durch spektakuläre Aktionen für die Menschenrechte in der ehemaligen DDR ein, als die etablierten Politiker zu den SED-Machthabern noch enge Beziehungen unterhielten. Auf der anderen Seite trat eine große Gruppe für die „Schließung der deutschen Frage“ und die konsequente Zweistaatlichkeit ein. Ebenso in den 80er Jahren kam es zu einem Linksruck innerhalb der GRÜNEN und dadurch bedingt zu einer tendenziellen Verharmlosung von Menschenrechtsfragen. Insbesondere die Gruppe um Rainer Tarnper trug zu diesen Irritationen bei.

Deutschlandpolitisch gab es zwei Fraktionen: Die eine verfolgte das Ziel eines

wiedervereinigten, neutralisierten Gesamtdeutschland; ihr Schlagwort lautete „Raus aus der Blocklogik“. Die Hauptströmung der Partei tendierte aber zur Zweistaatlichkeit. Vertreter dieser These waren Joschka Fischer und Hubert Kleinert. So trat ersterer für eine Abkoppelung der Friedens- und Menschenrechtsproblematik von der Frage nach der Staatlichkeit Deutschlands ein. Bei dieser in der Tat originellen These hatten Fischer und seine Mitstreiter die Rechnung jedoch ohne die Betroffenen, nämlich die Menschen in der Ex-DDR gemacht. Welche Schwierigkeiten die GRÜNEN im Wahljahr 1990 in dieser Frage hatten, macht Kleinert sehr deutlich. Es gab mit Norbert Kostede und Helmut Wiesensthal zwei „Propheten“ in der Fraktion: „Das Wiedervereinigungs-Wahlkampfjahr könnte ihre letzte Runde werden“, schrieben beide schon im November 1989 den GRÜNEN ins Stammbuch. Die emotionale Distanzierung der Partei in bezug auf die deutsche Einheit war aber schon durch Oskar Lafontaine personifiziert. Er verbalisierte das, was die Aufgabe der GRÜNEN hätte sein sollen; aber damit waren 1990 keine Mehrheiten zu gewinnen. Kleinert gibt freimütig zu, daß es wohl die Anpassungsschwierigkeiten des eigenen Weltbildes an die Veränderungen waren, die sich als ein unüberwindbares Hindernis erwiesen haben. Einig war man sich auch darin, daß die Fundamentalisten um Jutta Ditfurth aus der Partei zu verschwinden hätten.

Mit den ostdeutschen Abgeordneten ging auch eine Klimaverbesserung innerhalb der GRÜNEN einher; ihr Pragmatismus wirkte versachlichend. So brachte „ihr moderater Umgangston [...] einen

ruhigen Zug in die ansonsten hektische und nicht selten übertrieben konkurrenz-hafte Atmosphäre grüner Fraktionssitzungen“. Nach dem Wahlidebakeel blieben nur acht BÜNDNIS 90/GRÜNE-Abgeordnete aus Ostdeutschland übrig. Diese Niederlage wirkte parteiintern wie ein reinigendes Gewitter. Die Dogmatiker gründeten schließlich ihre eigene Partei.

Wie sieht nun Hubert Kleinert die Zukunft der GRÜNEN? Trotz dünner Personaldecke hat das neue Bündnis auf lange Sicht gute Chancen, wenn es sich den völlig veränderten Bedingungen für Politik in den 90er Jahren öffnen kann. Gesinnungsethik und die Durchsetzung eines universellen Menschenrechtsanspruchs müssen sich an den realen Möglichkeiten messen lassen. Eine alternative grüne „Mittelschichtspartei“ muß pragmatisch und unideologisch sein, „aber doch ihren Wertehorizont ein Stück stabilisieren“. Politik muß auch bei den Vertretern dieser Partei professionell betrieben werden; Kompetenz- und Arbeitsteilung müssen sich mit „kreativer Offenheit“ paaren. Wenn den GRÜNEN dies gelingt, „werden sie in der Zukunft als moderne ökosoziale Mittelschichtspartei auch als Minderheitenphänomen und Kleinpartei [...] eine wichtige politische Rolle spielen.“

Überfordert Hubert Kleinert nicht mit seinem Pragmatismus die Leidenschaftlichkeit der grünen Basis? Wo bleiben die Konzepte der Partei zur Rolle des Nationalstaats und zur weiteren EG-Integration? Die Veränderungen in Osteuropa verlangen gerade in dieser Frage differenzierte Antworten. Wo bleibt das neue Parteiprogramm, in dem endlich einmal realistische grüne Politik formuliert wird? Wenn sich der auf dem Leipziger Vereinigungsparteitag an den Tag gelegte Pragmatismus bis zum Superwahljahr 1994 konservieren läßt, dürfte dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN die Rückkehr in den Bundestag sicher sein.

Ludwig Watzal

Joschka Fischer,
Die Linke nach dem Sozialismus.
Verlag Hoffmann und Campe,
Hamburg 1992;
256 S., DM 35,—

Jutta Ditfurth,
Feuer in die Herzen. Plädoyer für eine
ökologische linke Opposition.
Carlsen Verlag, Hamburg 1992;
335 S., DM 36,—

Hubert Kleinert,
Aufstieg und Fall der Grünen. Analyse
einer alternativen Partei.
Verlag J. H. W. Dietz Nachf.,
Bonn 1992;
415 S., DM 38,—

Ders.,
Vom Protest zur Regierungspartei. Die
Geschichte der Grünen.
Vito von Eichborn Verlag,
Frankfurt a. M. 1992;
474 S., DM 39,80